**EL SALVADOR**

**Anliegen von amnesty international im Jahr 1991**
(Stand: September 1991)

Ermordungen und extralegale Hinrichtungen

amnesty international erfuhr von einer geringen Anzahl offensichtlich politisch motivierter extralegaler Hinrichtungen, z.B. eines gefangenen FMLN-Mitgliedes und zweier Kandidaten linksgerichteter Parteien bei den Wahlen im März.

Außerdem wurde amnesty international von einer relativ kleinen Anzahl von vorsätzlichen Morden durch uniformierte Polizei- oder Militärangehörige berichtet, wobei das jeweilige Motiv unpolitisch oder unklar war. So wurde z.B. die Leiche eines Mannes, der beim Joggen von einer großen Gruppe von Soldaten verhaftet worden war, am nächsten Tag gefunden. Ein anderer Mann wurde von der Finanzpolizei und Mitgliedern einer zivilen Verteidigungsgruppe gesucht und getötet. Er war bereits früher von der Polizei mit dem Tod bedroht worden, als er begann, den Mord an seinem Bruder zu untersuchen. Ein anderer Mann wurde erschossen, nachdem er an einer Militär-Kontrollsperre aus seinem Wagen gezerrt worden war.

In den wöchentlichen Berichten von Tutela Legal wurden von Januar bis Mitte September 1991 26 Ermordungen (ohne die 15 Morde von El Zapote) aufgeführt, die den "Todesschwadronen" zugeschrieben wurden. Dies ist die größte Kategorie von Tötungen, von denen berichtet wurde. Nur etwa die Hälfte der "Todesschwadronen"-Opfer konnte identifiziert werden. Während diese Morde in ein allgemeineres Muster passen (z.B. durch die Art, in der die Opfer getötet worden waren, wo die Leichen hingeworfen worden waren, etc.), ist es in der Mehrzahl der Fälle schwierig, ein spezifisches Motiv für die Tat festzustellen. Es könnte sich sowohl um politische Motive wie auch um gewöhnliche Verbrechen oder sogar um eine Mischung aus beidem handeln. Was auch immer die Motive für diese Morde sind, sie dienen zur Einschüchterung und zur Aufrechterhaltung von Kontrolle. amnesty international erhielt Berichte über einen jungen Mann, dessen verstümmelter Körper gefunden worden war und der identifiziert werden konnte. Jeder, einschließlich seiner Familie, wußte, daß die für den Mord verantwortliche Person ein ortsansässiges Mitglied des Militärs war, der bei der Militärabteilung 5 (DM5) stationiert und dafür bekannt war, "Todesschwadronen" zu organisieren. Aber niemand, auch nicht der örtliche Richter, wagte es, den Fall weiter zu verfolgen. Durch Vorfälle dieser Art bewahrte sich das Militär Macht über die örtliche Gemeinschaft, obwohl das jeweilige Motiv für die einzelnen Morde unpolitisch gewesen sein könnte.

amnesty international hat auch von willkürlichen Ermordungen durch Soldaten erfahren, die keine Versuche unternommen hatten, die getötete Person zuerst zu verhaften. Den Soldaten, die schossen, war die Identität der Opfer vor der Tat nicht bekannt.

Darüberhinaus wurde eine beträchtliche Anzahl von Tötungen durch oftmals betrunkene oder unter Drogeneinfluß stehende Soldaten oder ehemalige Soldaten gemeldet, die mit Gewehren oder mit Handgranaten bewaffnet waren. Die Tötungen waren oft das Resultat aus Streitereien. Dies ist nach den Morden durch "Todesschwadronen" die zweitgrößte Kategorie von Tötungen, die in den Berichten von Tutela Legal dokumentiert wurden. Sowohl die Regierung wie auch nichtstaatliche Quellen drückten amnesty international gegenüber ihre Besorgnis aus über die zunehmende Anzahl von Morden dieser Art und der Tatsache, daß mit dem Fortschreiten der Friedensverhandlungen bereits jetzt Waffen und Munition aus den Barracken verschwinden.

Ein Mord und zahlreiche Verletzungen waren das Ergebnis unverhältnismäßiger Anwendung von Gewalt während Militäroperationen, die sich gegen Rücksiedlungsgemeinschaften in den Konfliktzonen richteten - gut organisierte Gemeinschaften von Menschen, die aus dem Exil zurückgekehrt waren, die hauptsächlich auf der Basis von internationaler Solidarität und Hilfe existieren können und die ständig beschuldigt werden, Guerrilla-Kämpfer zu verstecken oder eine Front für die FMLN zu sein. Diese Gemeinschaften wurden 1991 unter größeren Druck gesetzt. Dieser Druck scheint teilweise eine bewußte Strategie zu sein mit dem Ziel, die Gemeinschaften, die beinahe außerhalb des Staates existieren, zu schwächen, indem kontrolliert wird, wer und was in die Gemeinden hineingeht und herauskommt, und indem die wirtschaftlichen Mittel zerstört werden, die die Gemeinden entwickelt haben, um sich selbständig zu machen. Dies wird in einem geheimen Dokument bestätigt, das als Ergebnis eines Psychologische-Kriegsführungs-Seminares der Streitkräfte vom November 1990 über den (wahrgenommenen) Einfluß der FMLN auf Rücksiedlungsgemeinden und wie er gebrochen werden kann, erstellt worden war. Ein weiterer Grund ist der, daß die Armee, noch bevor die Friedensverhandlungen abgeschlossen sind, in Gegenden vordringt, die vorher hauptsächlich oder sporadisch von der FMLN kontrolliert worden waren.

Viele der Übergriffe (die Vernichtung von Ländereien / Ernten / Nutztieren, die für das wirtschaftliche Überleben der Gemeinden notwendig sind, die Beschränkung des Zugangs von Menschen und Waren zu ihnen, etc.) liegen außerhalb des Mandates von amnesty international. Seit Juni 1991 hat es jedoch eine Reihe von Vorfällen gegeben, bei denen das Militär Operationen in der Nähe oder innerhalb der Gemeinden selbst durchgeführt hat. Selbst wenn Schüsse nicht speziell zum Töten beabsichtigt waren, so brachte doch die Benutzung von scharfer Munition in der Nähe von oder gerichtet auf zivile Gemeinschaften unzweifelhaft Leben in Gefahr. Am 2.September 1991 wurde ein neun Monate altes Baby getötet, als Soldaten, die in den Bergen in der Nähe der Gemeinde San José Las Flores in Chalatenango stationiert waren, in Richtung der Häuser der Gemeinde schossen. Das Kind spielte mit seiner Tante innerhalb des Hauses, als die Schüsse, die auf die Gemeinde gerichtet waren, in das Haus eindrangen und es tödlich verletzten. Örtliche nichtstaatliche Organisationen wiesen Behauptungen zurück, daß sich Mitglieder der FMLN in der Gemeinde aufgehalten hätten, und

sagten, daß es vor diesem Angriff keine Kämpfe gegeben habe, auch wenn ONUSAL (Kommission der Vereinten Nationen zur Beobachtung der Menschenrechtssituation in El Salvador) berichtete, daß sie drei Tage vorher FMLN-Mitglieder dort gesehen habe.

Dies ist ein schwieriges Thema, weil es angesichts der verschiedenen Versionen für amnesty international notwendig ist sicherzugehen, daß die Vorfälle nicht aus Kampfhandlungen entstanden sind und daß sich keine Guerrilla-Kämpfer in den Gemeinden aufgehalten haben. amnesty international fordert jedoch Untersuchungen der Vorfälle, bei denen es starke Anhaltspunkte dafür gibt, daß sie sich gegen unbewaffnete Zivilisten richteten.

Kurzzeitinhaftierungen, unbestätigte Haft und Folter

Es hat viele zunächst unbestätigte, politisch motivierte Verhaftungen und anhaltende Berichte über Folterungen gegeben. Einige Quellen sagen, daß das Schwergewicht mehr auf der psychologischen als auf der physischen Folter lag, aber dies bedeutet nicht, daß die physische Folter aufhörte. Besonders diejenigen, die von Soldaten im Department Morazán und von der Nationalpolizei verhaftet werden, scheinen besonders gefährdet zu sein. Militärpersonal ignoriert ständig die Tatsache, daß sie Häftlinge sofort der Polizei übergeben müssen. Auch die Vorschrift im Menschenrechtsabkommen von 1990, die die incommunicado-Haft verbietet, wird systematisch mißachtet, obwohl ONUSAL Zugang zu den Häftlingen zu haben scheint. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz hat keinen Zugang zu den Häftlingen vor dem Ende des Polizeigewahrsams. Salvadorianische nichtstaatliche Organisationen sagen, sie bestehen normalerweise nicht darauf, die Gefangenen in Polizei- oder Militärgewahrsam zu sehen, weil der Zugang doch verwehrt würde und weil sie nicht die notwendigen Ressourcen haben. Sie bedienen sich immer noch nicht des habeas corpus-Verfahrens, weil es zu lange dauert, es durchzusetzen. Die Obergrenze von 72 Stunden unbestätigter Haft wird im allgemeinen eingehalten, von einigen Ausnahmen abgesehen, besonders wenn die Verhaftungen vom Militär vorgenommen worden waren. Verlässliche Quellen informierten amnesty international auch darüber, daß in ein oder zwei Fällen Gefangene entsprechend allen rechtlichen Erfordernissen festgehalten, dann freigelassen, unmittelbar darauf erneut aufgegriffen und für einen längeren Zeitraum in unbestätigter Haft festgehalten worden waren, um sie zur Kollaboration zu bewegen.

Das Informationsbüro über Gefangene, das im August 1990 eingerichtet worden war, um Informationen über Verhaftungen weiterzugeben und den Aufenthaltsort von Gefangenen festzustellen, hat seinen Zweck bisher kaum erfüllt. Die Sicherheitskräfte geben nicht immer Informationen an das Büro weiter und das Büro hat nicht die Macht, ihnen die Informationsübermittlung anzuordnen. Das Büro erhält noch immer keine Listen von Verhaftungen durch das Militär, weil das Militär theoretisch alle Gefangenen der Polizei überstellt. Dies ist in der Praxis nicht der Fall. Nach Informationen von amnesty international soll das Informationsbüro über Gefangene ursprünglich geplant haben, in allen Fällen habeas corpus-Anträge einzureichen, in denen es nicht in der Lage war,

den Aufenthaltsort des Gefangenen festzustellen. Es gab jedoch so viele derartige Fälle, daß wieder beschlossen wurde, damit aufzuhören. Ortsansässige nichtstaatliche Organisationen ziehen daraus den Schluß, der durch die Wirkungslosigkeit des Büros bestätigt wird, daß das Büro hauptsächlich eine kosmetische Maßnahme war. ONUSAL beobachtet die Arbeit des Büros, indem sie systematisch Informationen über Verhaftungen von dort anfragt. Vermutlich wird sie Empfehlungen für die Verbesserung seines Funktionierens zur Sprache bringen.

Bedrohung von Mitgliedern nichtstaatlicher Organisationen

Die Bedrohung von Mitgliedern von Menschenrechtsgruppen, von Gruppen, die für Rücksiedlungsgemeinden arbeiten, von Kirchen- und Frauenorganisationen erfolgte oft durch Todesdrohungen, besonders seit Juni 1991, als eine Gruppe, die sich selbst Frente Anticomunista Salvadoreño (Salvadorianische Antikommunistische Front) nennt, durch die Überwachung von und Überfälle auf Privatgelände durch Zivilisten oder uniformierte Soldaten in Erscheinung trat. Die Bedrohung ist in der Regel nicht anhaltend; während eines bestimmten Zeitraumes werden bestimmte Organisationen angegriffen, danach werden andere Organisationen zur Zielscheibe. Mitglieder von verschiedenen Organisationen erlitten auch Kurzzeitinhaftierungen, wurden aber allgemein nicht Opfer von "Verschwindenlassen" oder extralegalen Hinrichtungen, wie das in vergangenen Jahren der Fall war, insbesondere bis Ende 1989.

Politische Gefangene

Im Juli 1991 lag die Anzahl der politischen Häftlinge ungefähr bei 96 - dies ist nur die Hälfte der Zahl von 1990. Nur vier Personen waren 1991 verhaftet worden. Dieser Rückgang ist vermutlich zum Teil auf scharfe Resolutionen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission zurückzuführen, in denen die Freilassung von politischen Gefangenen gefordert wird. Ein Rechtsanwalt sagte gegenüber amnesty international, daß Gefangene, die nicht gerade besonders politisch engagiert gewesen waren, bevor sie ins Gefängnis kamen, in der Regel politisiert wieder aus dem Gefängnis kommen; d.h. in gewissem Sinn arbeitete die Inhaftierung gegen die Regierung. Ein anderer Grund für die verringerte Anzahl ist, daß etwa 30 politische Gefangene bei einem Angriff der FMLN auf das Hauptgefängnis von San Salvador entkamen und sich der FMLN anschlossen. amnesty international befragte mehrere Rechtsanwälte über die Möglichkeit, daß sich unter den politischen Gefangenen "Gewissensgefangene" befinden könnten, und erklärte, bei welcher Art von Fällen die Organisation intervenieren könnte; aber bisher wurden keine konkreten Fälle benannt. amnesty international beschäftigt sich angesichts der Tatsache, daß die Rechtsprozeduren in einer Reihe von Fällen in Bewegung gekommen sind, weiterhin damit herauszufinden, ob die Gerichtsverfahren auf faire Weise durchgeführt werden.

"Verschwinden"

Auch wenn es nur wenige Fälle im Jahr 1991 gegeben hat, blieb die Mehrzahl der alten Fälle doch unaufgeklärt. Es hat einen Durchbruch im Fall der sechs Arbeiter einer landwirtschaftlichen Kooperative gegeben, die in San Cayetano, Ahuachapán, im Dezember 1989 "verschwunden" sind (AMR 29/16/90). Vier Mitglieder einer zivilen Verteidigungsgruppe wurden im Zusammenhang mit der Entführung und Tötung von Juan Antonio und Julio César Vásquez verhaftet, obwohl deren Leichen bisher noch nicht gefunden wurden. Die beiden Brüdern waren in San Cayetano am 5.Dezember 1989 entführt worden und "verschwanden". Der Dachverband der Kooperativen FEDECOOPADES hat amnesty international jedoch mitgeteilt, daß es bei den anderen vier "verschwundenen" Männern noch keine weiteren Erkenntnisse gibt.

amnesty international hat mit Bedauern davon erfahren, daß die Mutter von Erick Romero, dem 17jährigen, der im November 1989 "verschwand", schließlich beschlossen hat, das Land zu verlassen, weil sie die Belastung, gegen die Behörden anzukämpfen, nicht mehr länger aushalten konnte. Die Behörden haben sie bedroht, sie belogen und sie beschuldigt zu lügen. Sie haben sie sogar dazu gezwungen, eine verstümmelte Leiche anzusehen, und verlangten von ihr, diese Leiche als die eines Armeeleutnants zu identifizieren, den sie beschuldigt hatte, für das "Verschwinden" ihres Sohnes verantwortlich zu sein.

Die Beschlüsse über das Mandat der Wahrheitskommission werden sich auf die gesamte Problematik der Untersuchung von "Verschwinden" auswirken. Darauf wird auch die Frage Einfluß haben, wie gut es die salvadorianischen Menschenrechtsorganisationen schaffen, gut dokumentierte Fälle vorzulegen.

Übergriffe durch die FMLN

Berichte lassen darauf schließen, daß es weiterhin Entführungen durch die FMLN gibt. Aber über unrechtmäßige Tötungen hat amnesty international nur einige wenige zuverlässige Berichte erhalten. Es ist möglich, daß die meisten derjenigen, die entführt worden waren, zwangsweise rekrutiert wurden. Bei einem Vorfall im Juni wurde eine Gruppe von Zivilisten von der FMLN zwangsweise rekrutiert und dazu gezwungen, eine beträchtliche Menge Munition für die sie begleitenden FMLN-Mitglieder zu tragen. Kurze Zeit später wurden sie von Soldaten aus dem Hinterhalt angegriffen und die meisten von ihnen wurden getötet.

In diesem Jahr hat es auch ein Wiederaufleben der Praxis von Entführungen gegeben, die Geiselnahmen gleichkamen, auch wenn bis zum September nur von ein oder zwei Fällen berichtet wurde. Diese Entführungen wurden von salvadorianischen und internationalen nichtstaatlichen Organisationen wie auch von der Regierung weithin verurteilt. Mitte August ließ die FMLN den Geschäftsmann Gregorio Zelaya wieder frei, den sie seit Juli mit der Begründung festgehalten hatte, daß er es abgelehnt habe, "Kriegssteuern" zu bezahlen. Die FMLN war über diesen Fall intern offensichtlich ge-

spalten, aber schließlich hatte sie sich doch öffentlich für verantwortlich erklärt und verteidigte die Entführung.

Das Oberste Kommando der Armee (Estado Mayor Conjunto) und auch die salvadorianische Botschaft in London und Washington verbreiten regelmäßig Informationen über angebliche Übergriffe der FMLN. Die meisten dieser Fälle betreffen Sabotageakte oder Tötungen von Militär- oder Polizeipersonal, die außerhalb des Mandates von amnesty international liegen. Es gibt aber auch andere Berichte, die Behauptungen über Entführungen und Folter betreffen. Einige weitere Fälle betreffen auch die Grauzone des Erschießens von Polizisten oder Soldaten außerhalb des Dienstes. amnesty international untersucht diese Fälle, entweder um dann Aktionen einzuleiten, wenn die Informationen richtig sind, oder um die Regierung darauf hinzuweisen, daß die Behauptungen nicht begründet sind.

Übersetzung und Bearbeitung: amnesty international
El Salvador-Koordinationsgruppe
Postfach 1124
7400 Tübingen 1